

# Die politische Lehrzeit ist abgeschlossen

**Pierre-André Page** ist schon mehrfach für die Schweizerische Volkspartei (SVP) in einen Wahlkampf gezogen. Diesen Herbst kandidiert er gleich dreifach und rechnet sich gute Chancen aus. Priorität hat für ihn die Staatsratswahl, wo er den Sitz von Pascal Corminboeuf anvisiert.

URS HAENNI

Wie die unmittelbare Zukunft von Pierre-André Page aussieht, weiss er unter Umständen erst am 4. Dezember dieses Jahres. Der 51-jährige Glanebezirkler hat für diesen Herbst drei Kandidaturen am Laufen: für den Grossen Rat, den Nationalrat und den Staatsrat. Er gilt als Anwärter



auf den zweiten Platz der SVP-Nationalratsliste, könnte nachrutschen, falls Jean-François Rime Ständerat oder eben am 4. Dezember Bundesrat wird. Vielleicht würde dann Page aber auf den Sitz in Bern verzichten, weil er ja in der Zwischenzeit in die Freiburger Regierung gewählt sein könnte. Dann wiederum würde er die Führung seines Bauernbetriebs in Châtonnaye abgeben.

### Für alle Fälle abgesichert

Viele Unbekannte also, aber Page hat für alle Fälle vorgesorgt. Er betreibt einen 62 Hektaren grossen Betrieb mit Milchwirtschaft und Ackerbau gemeinsam mit einem befreundeten Landwirt. Keines seiner drei Kinder will den Hof weiterführen. So würde Page im Falle einer Wahl in den Staatsrat seinen Teil an den Partner verpachten.

Pierre-André Page lässt keine Zweifel darüber aufkommen, dass die Staatsratswahl für ihn absolute Priorität genießt. «Bei der Staatsratswahl präsentieren wir einen Kandidaten für einen Sitz. Alle Bezirke sind hinter mir, das ist eine starke Botschaft.» Anders sieht Page die nationalen Wahlen: «Die Nationalratswahl wird im Proporzsystem durchgeführt und ist eine Teamarbeit. Wer auch immer gewählt wird, wichtig ist, dass unsere Liste einen zweiten Sitz gewinnt.»

Pierre-André Page war bereits vor fünf Jahren Staatsrats-



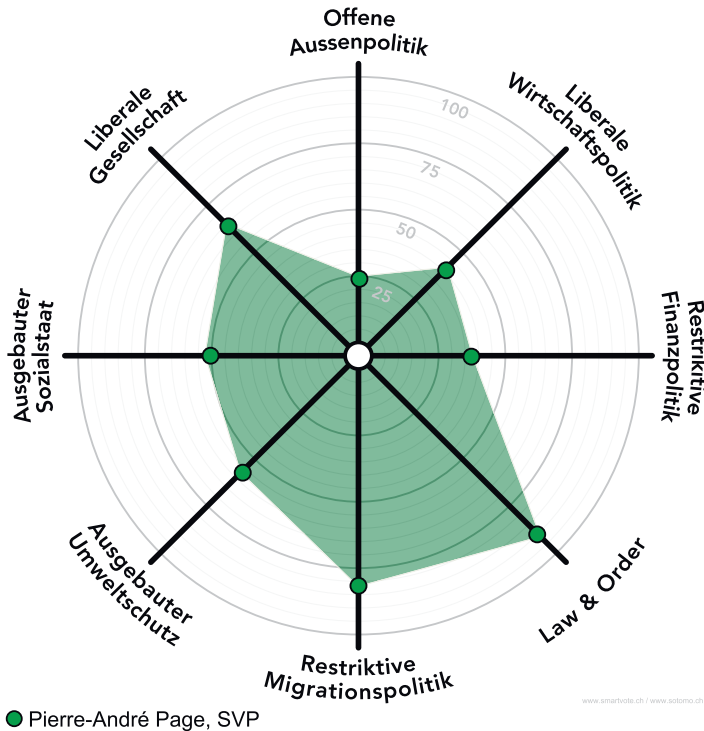
Spürt die Unterstützung aus allen Bezirken: Pierre-André Page.

Bild Aldo Ellena

kandidat und vor vier Jahren Nationalratskandidat. «Damals war ich um 17.30 Uhr zweiter Freiburger SVP-Nationalrat. Um 17.45 Uhr ging dieser Sitz mit den Stimmen der Stadt wieder an die CSP.»

Bei den Staatsratswahlen hingegen blieb Page ohne Chance: «Unsere Partei ist seit 15 Jahren nicht mehr in der Kantonsregierung. Zuletzt mit Corminboeuf war dieser Sitz fast nicht zu gewinnen.» Nun aber peilt der Landwirt genau diesen frei werdenden Sitz an: «Die Kampagne vor fünf Jahren war eine Vorbereitung für jetzt. Ich bin seither Grossratspräsident gewesen und führe die SVP-Fraktion. Ich habe je 15 Jahre im Gemeinderat und im Grossen Rat eine politische Lehre gemacht.»

Ist dies nicht eine insgesamt etwas lange Lehrzeit? Page verneint: «Ich habe die Exekutive



und die Legislative kennengelernt. Nach den letzten Wahlen wurde mir beides zu viel. Ich habe das Amt als Syndic abgegeben. Aber die Exekutive fehlt mir. Da habe ich die Möglichkeit, Entscheide zu treffen.»

Viel Zeit wendet Pierre-André Page derzeit wieder für seine Wahlkampagnen auf, dies nebst der täglichen Arbeit auf dem Bauernhof. Das Melken am Morgen und am Abend duldet keinen Aufschub. Hingegen habe das gute Wetter geholfen, die Arbeit auf dem Feld gut zu planen. Mit anderen Worten: Dank den schönen Tagen im Frühherbst hat Page mehr Zeit für den Wahlkampf.

### Zwei Arten von Migranten

Personal haben Page und sein Partner bisher nicht beschäftigt. Das würde im Falle einer Wahl wohl anders. An ausländisches Personal auf seinem Hof denkt Page derzeit nicht. Er zeigt aber Verständnis für andere Landwirte, die in kurzer Zeit viel Personal brauchen und dieses im Ausland finden. «Ich finde das richtig. Wenn die Leute kommen, um zu arbeiten, dann bin ich absolut damit einverstanden. Die zahlen Steuern und Krankenkasse.»

Page ist sich bewusst, dass es in der Schweiz immer ausländische Arbeitskräfte braucht, ob qualifizierte oder nicht qualifizierte. Er will aber, dass die Einwanderung reglementiert wird für Leute ohne Arbeit. Um sich ein Bild zu machen, hat der Kandidat eine Nacht mit der Polizei verbracht. «Da habe ich realisiert, welches Problem wir haben mit Leuten, welche die Nacht durchfeiern, ohne Papiere, die dealen und Radau machen. Dem Staat entstehen Kosten für Leute, die nicht da sein sollten.»

Page sagt, er könne sehr wohl unterscheiden, wer Anrecht auf einen Aufenthalt in der Schweiz hat und wer nicht. Er denkt, auch seine Partei mache diesen Unterschied. Dennoch vertrete er nicht überall die gleiche Meinung wie die SVP Schweiz: «Gewisse nationale Kampagnen sind mir zu aggressiv.»

Dass es auch einvernehmlich geht, merkte Pierre-André Page, als er mit dem FC Grossrat gegen eine Mannschaft der Strafanstalten Bellechasse spielte. «Wir hatten keine Chance und verloren etwa 11:0.» Page spielte in der Mitte.

Als Grossrat und vor allem als Präsident des Rates hat Pierre-André Page den Kanton gut kennengelernt, wie er sagt. Eine Sensibilität für den deutschsprachigen Kantonsanteil hat der SVP-Politiker überdies durch seine Frau, eine Deutschschweizerin. Auch hat Page während seiner Lehre als Landwirt ein Jahr auf einem Bauernhof im solothurnischen Gempnen verbracht. Deutsch versteht er gut, so Page. Wortmeldungen der Deutschfreiburger im Grossen Rat verfolgt er ohne die Übersetzung aus dem Kopfhörer. Und wenn Page einmal ein Sensler Wort wie «Hungg» nicht versteht, dann fragt er halt einfach.

Porträts aller Kandidaten unter «Wahlen 2011» auf [www.freiburger-nachrichten.ch](http://www.freiburger-nachrichten.ch)

## Gretchenfragen: Der Kandidat als Privatmensch

Vier Fragen an den Staatsratskandidaten Pierre-André Page:

### Welches Gesetz würden Sie gerne abschaffen?

Ich wüsste nicht, welches. Der Staatsrat schlägt Gesetze vor, der Grosse Rat passt sie an. Alle haben ihre Logik.

### Welches Talent würden Sie gerne besitzen?

Ich spiele Eufonium. Ich möchte das Instrument so gut beherrschen, dass ich zuhause nicht üben müsste.

### Von welchem Beruf träumen Sie als Kind?

Es war immer klar, dass ich den Bauernhof übernehme.

### Mit welcher Person würden Sie gerne zu Abend essen?

Mit meiner Frau. Wir haben wenig Zeit dafür. uh

## Jungfreisinnige empört über Ungültigkeit

**FREIBURG** «Der undemokratische Entscheid des Freiburger Generalrats empört uns.» So reagierten gestern die Jungfreisinnigen auf den Entscheid des Stadtparlaments. Dieses hatte die Initiative «Mehr Verkehrsfluss, weniger Einbahnstrassen» am Montagabend für ungültig erklärt (FN von gestern).

Als «Initiantin der Aktion» will die Jungsektion das Verfahren weiterziehen. Konkret unterstützt sie die Stadtpartei, die den Entscheid vor dem Kantonsgericht anfechten will. Sie hat einen Monat Zeit, einen Rekurs einzureichen.

Im Herbst 2010 hatte die JFDP eine Petition gegen die Einbahnstrasse auf der Bahnhofsallee lanciert. Wenig später wandelte die städtische FDP das Anliegen in einen allgemeineren Initiativtext über «wichtige Verkehrsadern» um. cf

## Knapp 200 000 Franken für Neustrasse

Nach dem Erdbeben im Januar muss der Hang an der Freiburger Neustrasse abgesichert werden. Dafür hat das Stadtparlament einen dringenden Kredit gutgeheissen. Hingegen lehnt es Videokameras im Stadtzentrum ab.

CAROLIN FOEHR

**FREIBURG** Anfang Jahr war der Hang unterhalb der Neustrasse auf einer Breite von acht Metern abgerutscht. Verletzt wurde niemand. Die Stadt fällte sicherheitshalber drei Bäume, um weitere Rutsche zu vermeiden. Bevor der Winter weitere Schäden anrichtet, will die Gemeinde nun an zwei Stellen den Grund befestigen.

### Kritik der Parteien

Dafür hat der Gemeinderat einen dringenden Kredit über 196 000 Franken beantragt. So viel kostet die Sanierung der Schutzmauer entlang der Neustrasse und das Anbringen von mehreren mit Steinen gefüllten Körben. Diese Massnahmen hat ein Geologenbüro vorgeschlagen. Bereits seit Ende September sind die Arbei-

ten im Gang, bis Ende November sollen sie dauern.

«Der Erdbeben war unvorhersehbar», begründete Vize-Syndic Jean Bourgnone (CVP) am Montag den ausserordentlichen Kredit vor dem Generalrat. Die Stadt habe regelmässige Kontrollen durchgeführt, ohne Anzeichen für eine gefährliche Erosion des Bodens festzustellen.

Obwohl sie den Kredit einstimmig bewilligten, sparten die Fraktionen nicht mit Kritik. Das Ereignis sei zu erwarten gewesen, sagte etwa Stanislas Rück von der CVP. Und CSP-Sprecher Pierre-Olivier Nobs verlangte, dass die Stadt künftig noch genauer hinschaue, wo mögliche Gefahren bestünden. Zudem verlangte er eine bessere Sicherung der Baustelle. SP-Sprecher Elias Moussa meinte, er hoffe, dass die Sa-

nierungsmassnahmen nicht noch teurer würden.

### Keine Kameras

In seiner vorgestrigen Sitzung hat der Generalrat zudem über die Überweisung eines Antrags der SVP zur Installation von Videokameras im Stadtzentrum entschieden. Mit ihrer Stimme entschieden die anwesenden 37 Räte aus dem linken Lager, den Vorschlag nicht zu überweisen. 27 Räte hatten dafür gestimmt, fünf Bürgerliche enthielten sich der Stimme. Der Text forderte, an der Schützenmatte und rund um den Freiburger Bahnhof Überwachungskameras anzubringen.

Hingegen wird sich der Gemeinderat unter anderem über breitere Trottoirs und eine Bus- und Velospur in der Cardinal-Passage äussern.

## Tagesstrukturen: Umfrage unter der Bevölkerung

Das neue Gesetz über die ausserschulische Betreuung hat Folgen für die Gemeinden. Sie müssen neu den Bedarf an Betreuungsstellen in ihrer Bevölkerung ermitteln. Auch die Stadt Freiburg wird in den kommenden Wochen eine solche Umfrage unter der Bevölkerung starten, sagte die zuständige Gemeinderätin Antoinette de Weck (FDP).

«Es fehlen 80 bis 100 Plätze in Tagesstrukturen», so de Weck weiter. Den Bedarf wolle die Stadt «nach und nach» an mehreren Orten decken: So zum Beispiel an den Primarschulen Heitera und Vignettaz sowie im Werkhof. cf

## Naturschutz kritisiert Umfrage

**FREIBURG** Natur- und Vogelschutzorganisationen kritisieren die von Greenwatt/Gruppe E letzte Woche vorgestellten Resultate einer Umfrage über erneuerbare Energien. Gemäss der Umfrage befürworteten 72 Prozent von 862 befragten Personen einen Windpark auf dem Schwyberg.

Die fünf Organisationen bedauern in einer Mitteilung, dass die «Umfrage benutzt wird, um die Meinung bezüglich des Windpark-Projekts auf dem Schwyberg zu beeinflussen.» Das Projekt stehe in einem laufenden juristischen Verfahren. Ein Windpark auf dem von Menschen weitgehend unberührten Schwyberg würde grosse Schäden an der Biodiversität der Freiburger Voralpen anrichten, insbesondere bei den Vögeln, heisst es in der Mitteilung weiter. uh